

Die Arbeit erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei fortwährender Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 Mk. monatlich, für den Rest des Reichs 12 Mk. monatlich. Für den Ausland-Bezug sind in den Preisen die Postgebühren eingeschlossen. Die Abrechnung erfolgt vierteljährlich. Die Abrechnung erfolgt vierteljährlich. Die Abrechnung erfolgt vierteljährlich.

Die achtspaltigen Anzeigenblätter oder deren Raum kostet 1.- M. pro Spalte. Die Anzeigenblätter oder deren Raum kostet 1.- M. pro Spalte. Die Anzeigenblätter oder deren Raum kostet 1.- M. pro Spalte.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ende des obererschlesischen Aufstandes

Die Polen ziehen sich zurück

Oppeln, 17. Mai.

W. I. B. meldet: Der polnische Exekutivausschuss, an dessen Spitze Korzantyn steht, hat an die Interalliierte Kommission in Oppeln ein Telegramm folgenden Inhalts gerichtet:

Oberschlesien hat sich 12 Tage lang im Aufstand befunden. Das polnische Volk hat niemals den Anspruch erhoben, durch Gewalt zu triumphieren, aber es hat sein Leben für seine heiligen Rechte hingegen. Der Ausschuss gibt zu, daß in der Leidenschaft des Aufstandes die Grenzen der Klugheit überschritten worden sind, aber unsere begeisterten Streitkräfte sind nunmehr bereit, einen Rückzug anzutreten, groß genug, um zu sichern, daß die Feindseligkeiten mit den Deutschen sofort aufhören, vorausgesetzt, daß das Gebiet, das sie räumen, von alliierten Truppen und nicht von deutschen Truppen besetzt wird. Wir werden seinen Zoll Boden an die Deutschen überlassen, aber wir werden ihn der Interalliierten Kommission überlassen. Wir bitten demgemäß, daß die geräumte Zone von den Alliierten besetzt werde, so daß die polnische Bevölkerung nicht unter Vergeltungsmahregeln zu leiden hat, wie sie bereits vorgekommen sind.

So unklar diese Erklärung auch in einzelnen Teilen gehalten ist, so geht das eine daraus mit aller Deutlichkeit hervor, daß das Aufstandsabenteuer in Oberschlesien seinem Ende entgegengeht. Wir wissen noch nicht, in welcher Form die Interalliierte Kommission die Wiederbesetzung des Gebiets durch ihre Truppen vornehmen wird; sie hat bisher geäußert, daß jemals Verhandlungen mit den Aufständischen stattgefunden hätten, sie würde also jetzt in einem gewissen Widerspruch zu ihrer bisherigen Haltung geraten, wenn sie mit den Aufständischen irgendwelche Vereinbarungen über deren Abzug treffen wollte. Man darf aber annehmen, daß die selbstbewusste Sprache des polnischen Exekutivausschusses lediglich die Tatsache verschleiern soll, daß die Polen durch den Druck der Entente zur Liquidierung des obererschlesischen Aufstandes gezwungen werden. Nachdem die Alliierten diesen ersten Erfolg erzielt haben, entsteht ihnen die weitere Pflicht, die Bestimmungen des Friedensvertrages über Oberschlesien restlos durchzuführen; und diese Bestimmungen besagen ausdrücklich, daß bis zur letzten Ausführung des Entschlusses über die Festlegung der Grenze zwischen Deutschland und Polen die Interalliierte Kommission ganz allein für die Erhaltung der Ordnung in Oberschlesien und für den Schutz der Einwohner verantwortlich ist.

Gleichgültig aber, unter welchen Bedingungen die Aufstandsbewegung in Oberschlesien beendet wird: die deutsche Regierung hat dafür zu sorgen, daß nicht neue Unruhen erzeugt werden. Trotz unserer ersten Warnungen vor einem neuen militärischen Abenteuer wird von den nationalistischen Kreisen sieberhaft für einen Feldzug in Oberschlesien, der unbedingt einen Krieg mit Polen und mit Frankreich zur Folge haben muß, gerüft. Auf dem Parteitag unserer hiesigen Parteigenossen ist berichtet worden, daß in München Hunderte von Leuten angeworben und an die obererschlesische Grenze verschickt werden. Aus anderen Orten kommen ähnliche Meldungen. Auch in Berlin sind Werbebureaus eingerichtet worden, angeblich für die Apo, die obererschlesische Abteilungsapo, in Wirklichkeit aber für ungewöhnliche militärische Formationen. Diefem Unfug muß sofort ein Ende gemacht werden! Wir verlangen von der Regierung, daß sie alle Werbungen für Oberschlesien untersagt, auch wenn sie unter der Maske der Apo oder des Selbstschutzes für Oberschlesien auftreten.

Sie muß aber noch mehr tun. Sie hat an ihrem Teil die Befürchtungen der Polen vor Vergeltungsmahregeln der Deutschen zu zerstreuen. Die Regierungsorgane dürfen sich nicht damit herausreden, daß Oberschlesien der Interalliierten Kommission unterstellt sei, und daß sie dort keinen Einfluß ausüben könnten. Vor der Abstimmung ist von deutscher Seite den obererschlesischen Polen offiziell versprochen worden, daß sie auf keinen Fall etwas zu befürchten hätten, wenn das Land bei Deutschland bleiben sollte. Diese Erklärung muß jetzt in aller Form wiederholt werden; die deutsche Regierung ist um so eher zur Abgabe einer solchen Erklärung verpflichtet, als sie durch ihre Organe stets hat behaupten lassen, daß es sich bei dem Aufstand lediglich um eine Aktion Korzantyns handele, dem die irreführten Massen gefolgt seien. Sie muß weiter die deutsche Bevölkerung Oberschlesiens darüber belehren, daß sie sich selbst keinen besseren Dienst leisten könnte, als durch

die Unterlassung jeder Vergeltungs- und Rachepolitik.

Wenn es jetzt schneller als man noch vor wenigen Tagen hätte erhoffen dürfen, zu einer Beendigung des polnischen Aufstandes in Oberschlesien kommen sollte, so ist das, wie wir wiederholt feststellen können, eine Folge der Annahme des Ultimatum. Eine Ablehnung hätte nicht nur zur Besetzung des industriellen Westens und zur Erdrosselung des deutschen Wirtschaftslebens, sondern auch zum völligen Verlust Oberschlesiens an die Polen geführt. Auch jetzt steht die endgültige Entscheidung der Alliierten über die Zukunft Oberschlesiens noch aus; aber das eine dürfte vorläufig verhindert sein, daß durch die polnischen Nationalisten in Oberschlesien Tatsachen geschaffen werden, die die deutschen Interessen aufs schwerste hätten schädigen müssen.

England will unparteilich handeln

London, 17. Mai.

Reuter erzählt, die Haltung der britischen Regierung gegenüber dem Aufstand in Oberschlesien sei festhalten an ihrem fair play gegen Polen sowohl wie Deutschland, eine Haltung, die sich auf den Versailler Vertrag stütze. Großbritannien beabsichtige, loyal seine Verpflichtungen auszuführen, könne aber keinen Versuch dulden, der Entscheidung des Obersten Rates durch Schaffung eines fait accompli vorzugreifen. Der britische Standpunkt gegenüber der Frage einer Teilung Oberschlesiens sei vollständig unparteilich. Die Haltung der deutschen Regierung werde als völlig korrekt angesehen, aber das dilatorische Verhalten der Polen, die es unterließen, die Grenze zu Beginn des Aufstandes zu schließen, werde als durchaus unbefriedigend angesehen.

Die Wirkung der Rede Lloyd Georges in Warschau

D. E. Warschau, 17. Mai.

Die Rede Lloyd Georges hat hier eine niederschmetternde Wirkung ausgeübt. Der Ministerpräsident Witos und der Innenminister Skulski sind sofort nach Sosnowice zu Verhandlungen mit Korzantyn abgereist. Gegen Korzantyn finden sich bereits sehr scharfe Angriffe in der Presse. „Korzantyn sät auch uns Demütigungen zu“, schreibt der „Kurjer Polski“, „seine Prahlereien und Bluffmethoden vermehren nur den ungünstigen Eindruck, in welche Hände die obererschlesische Volksbewegung geraten ist. Alle Nachrichten über die Annahme der Demarkationslinie und über den Waffenstillstand erweisen sich als Schwindel.“ Die Presse hat sonst noch keine Weisungen erhalten, wie sie sich zur Rede Lloyd Georges stellen solle. Die „Rzeczpospolita“ behauptet, Lloyd George sei unwissend, und betont, Frankreich würde die Verwendung deutscher Militärkräfte nicht zulassen. Der „Kurjer Poranny“ ergeht sich in schärfsten Ausfällen gegen Lloyd George; sein Verhalten wird „nicht gentlemanlike“, „schamloses Gekoch“, und er selbst „ein Ignorant“ genannt. Der Staatschef Pilsudski unternahm eine Militärinspektionsreise nach Kalisz, und General Niessel nach Thorn, Graubenz und Bromberg. Die ganze Hoffnung Polens klammert sich an Frankreich; um Italien wird eifrig geworben.

Unveränderte Lage

B. Oppeln, 17. Mai.

W. I. B. meldet: Die Lage im obererschlesischen Aufstandsgebiet ist nach den Abendmeldungen des 17. Mai im wesentlichen unverändert. In Kattowitz wurden von den Insurgenten auf dem von französischen Truppen besetzten Bahnhof 14 Lokomotiven gestohlen. Ein Eingreifen der Besatzungstruppen hat nicht stattgefunden. Kleinere Zusammenstöße werden aus Katibor gemeldet. Aus den von den Italienern geräumten Kreisen Rybnik und Pleh trafen etwa 700 Flüchtlinge in der Stadt Ratibor ein. Im Kreise Koiel konzentrieren sich die polnischen Aufständischen in der Gegend von Leschowitz-Annaberg. Ueber einen Rückzug der Aufständischen liegen bisher keinerlei Meldungen vor. In deutschen Kreisen betrachtet man das Korzantyn-Telegramm als einen Schachzug des Führers der Aufständischen, der keineswegs das ganze Aufstandsgebiet räumen will, sondern offenbar neue Verhandlungen mit der Interalliierten Kommission erstrebt mit dem Zweck, die alliierten Truppen in einer neutralen Zone festzuhalten, um desto sicherer im übrigen Aufstandsgebiet seine Macht befestigen und ausbauen zu können.

Die nächste Ententekonferenz

London, 17. Mai.

Wie Reuter erzählt, wird die nächste Zusammenkunft der Alliierten eine Konferenz des Obersten Rates sein. Sie wird in der nächsten Woche, wahrscheinlich in Paris, stattfinden.

Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. In der Konferenz der Liga für Menschenrechte wurde am Montag eine Tagesordnung angenommen, die sich dem Standpunkt der G. L. in der Wiederaufbaufrage anschließt.

Sozialpolitik und Klassenkampf

Wir werden zur Zeit mit einer Flut von sozialpolitischen Gesetzen überschüttet. Jüngst hat das Reichsarbeitsministerium eine schier unübersehbare Reihe von Gesetzen solcher Art, die in Vorbereitung sind, in einer Pressemitteilung ausgeführt. Einige davon, die Gesetzentwürfe über die Schlichtungsordnung und über die Bezirkswirtschaftsräte, werden schon in der nächsten Zeit Parlament und Öffentlichkeit beschäftigen.

Diese ganze Gesetzgebung zeigt ein doppeltes Gesicht. In Bewegung gebracht wurde diese Paragrafenwelle durch die Revolution. Durch das machtvolle Auftreten der Arbeiterklasse fand die Idee Boden, den Arbeitern Rechte und ihren Organisationen öffentliche Geltung zu geben durch den einheitlichen Aufbau einer neuen Arbeitsgesetzgebung. Das Achtstundentagesgesetz war ein entscheidender Anfang auf diesem Wege.

Vielleicht sprach bei der den sofort hilfswilligen bürgerlichen Sozialpolitikern und bei den in der Angst merkwürdig zugänglichen Unternehmern damals schon, ganz gewiß aber bereits nach kurzer Zeit der Gedanke mit, daß Scheinrechte leicht für wirkliche Rechte genommen werden und zur Beruhigung der mit ihren Forderungen hervortretenden Arbeiterschaft beitragen können. Deutlicher ist diese Absicht später mehr und mehr zum Vorschein gekommen — in demselben Maße, wie die Arbeiterklasse auf dem politischen Kampffeld zurückgedrängt wurde. Und gegenwärtig wird die Absicht der Täuschung bereits wieder dreist und offen ausgesprochen.

So kommen viele dieser sozialpolitischen Gesetze in einer politischen Situation zur Durchführung, die grundverschieden ist von der, die den ersten Anstoß zu ihnen gab. Sie sind das Produkt eines in kritischer Zeit angstbehaftet gegebenen Versprechens, werden aber in der Zeit nach der Überwindung der Krise als Mittel benutzt, um das Versprechen zu verraten. So kommt es, daß manche dieser Gesetze die Forderungen der Arbeiterklasse nicht nur nicht erfüllen, sondern sogar als Gelegenheit benutzt werden, die Organisationen zu knebeln und den Fortschritt der Arbeiterklasse selbst auf dem engen Gebiete sozialer Reformen zu hemmen. Ein Beispiel dafür genießen wir täglich in Gestalt des Betriebsrätegesetzes, ein anderes steht uns bevor in der Schlichtungsordnung, ein drittes im Gesetz über die Bezirkswirtschaftsräte. Dieses letzte versuchen die Unternehmer zu einem Mittel zur Neufundierung und dauernden Erhaltung der alten eigenmächtigen Unternehmertumern zu gestalten.

So ist diese Gesetzgebung, in ihren einzelnen Teilen wie im ganzen, von einem seltsamen Widerspruch erfüllt: Sie empfangt ihre Anregung von der revolutionären Macht der Arbeiterklasse, bekommt ihre endgültige Gestalt aber vom Geist der Reaktion. Sie ist ein charakteristisches Merkmal der unmittelbaren Gegenwart und ihrer politischen Zustände, denn sie ist das Erzeugnis und zugleich das Spiegelbild des stummen Ringens, in dem sich die entscheidenden Gesellschaftsklassen, industrielle Arbeiterschaft und kapitalistische Bourgeoisie, als gleich starke Partner gegenüberstehen.

Der unüberbrückbare Gegensatz, der diesem Ringen zugrunde liegt, ist beiden Teilen mehr denn je bewußt geworden, und der ungelöste, nur durch eine letzte Entscheidung lösbare Gegensatz bringt einen politischen Gleichgewichtszustand hervor. Die Entwicklung erscheint wie festgerannt. Ein politisches Zwischenstadium ist eingetreten. Das Proletariat besitzt zwar nicht die politische Macht, aber die Revolution hat gezeigt, daß Macht und Wille des Proletariats eine Größe sind, mit der die bürgerliche Gesellschaft unter allen Umständen ernsthaft rechnen muß. Sie wagt es daher nicht, offen gegen das Proletariat zu regieren. Sie sucht ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten, indem sie einen Teil der Forderungen des Proletariats — vielleicht sogar nur in betrügerischer Absicht — erfüllt, um dadurch einen Teil des Proletariats zu heiligen. Diesen Sinn soll, von der Seite der Kapitalistenklasse her gesehen, die gegenwärtige sozialpolitische Gesetzgebung haben, und gewonnen werden sollen durch sie die art der Sozialpolitik stark interessierten Gewerkschaften, oder wenigstens ihre Führer. Es ist das dieselbe Tendenz, die zu den Arbeitsgemeinschaften geführt hat.

Aber die deutsche Bourgeoisie ist knauserig und ohne politischen Weitblick. Nachdem der Lauf der Geschichte ihr noch einmal eine Gnadenfrist geschenkt hat, bringt sie es dennoch nicht übers Herz, beschiedene Opfer zu bringen. Sie läßt lieber durch plumpe Manöver die Absicht des Betrugers allzu deutlich sehen und öffnet vor den Augen der Arbeiterschaft damit stets von neuem die Abgründe des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit. Wenn wir uns schon mit ihrer Politik beschäftigen, so wollen wir auch dieses Verdienst nicht unerwähnt lassen. So kommt es, daß jetzt

alle sozialpolitischen Gesetze sowie die ganze Haltung der Bourgeoisie ihren reaktionären Charakter unverhüllt zur Schau stellen. Der Zweck der Täuschung der Arbeiter wird darum nicht einmal erreicht.

Die Situation ist auch gar zu verführerisch für das plumpe Eingreifen läppischer Hände. Die Arbeiterklasse ist in ihrem Eintreten für die volle Erfüllung der wichtigsten Gegenwartsforderungen gehemmt durch die wirtschaftliche Krise. Eine ungeheure Arbeitslosigkeit schwächt ihre Kraft, und der Kampf für Maßnahmen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und für eine ordentliche Unterstützung der Erwerbslosen nimmt sogar einen Teil ihrer Energie in Anspruch. Diese Gelegenheit möchte die Bourgeoisie benutzen, um vollends zu triumphieren und auf ihre Art herauszukommen aus dem ungemütlichen politischen Schwebestadium. Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit ist ihr Feldgeschrei.

Die Arbeiterorganisationen aber werden durch diesen prekären Zustand zur Zurückhaltung gezwungen. Bei großen Konflikten müssen die Gewerkschaften immer wieder einlenken, da die industriellen Scharfmacher ebenso wie die politischen Reaktionäre mit teuflischer Gier auf ein „Voschlagen“ warten. Die Gewerkschaften müssen dafür um so mehr Gebrauch machen von dem im Rahmen der neuen arbeitsrechtlichen Gesetzgebung gegebenen Schlichtungsmöglichkeiten, um mit ihrer Hilfe das für die Arbeiterklasse unentbehrliche an materiellen Vorteilen zu erreichen, oder oft auch nur, um es zu erhalten. Bei ihnen wächst damit die Neigung, weitere Möglichkeiten solcher Art zu schaffen. Ihr Streben ist darauf gerichtet, die durch organisierte Selbsthilfe erlangten Vorteile und Rechte durch gesetzliche Bindungen zu befestigen und durch eine Erweiterung des Sozialrechts größeren Spielraum zu schaffen für eine wirksame Vertretung einer reinen Arbeitermeropolitik. Gerade sie erscheint unter den gegenwärtigen schwierigen Umständen, die dem Kampf der Arbeiterklasse um entscheidenden Einfluß in Wirtschaft und Politik so große Hindernisse bereiten, vielen wieder als die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften. Die Gewerkschaftsbewegung ist außerdem bemüht, durch spezielle sozialpolitische Maßnahmen den Berufsgruppen die Bedingungen eines erträglichen Daseins zu schaffen, die zu schwach organisiert und zu schwer organisierbar sind, als daß sie ihren dürftigen Anteil an Leben und Glück aus eigener Kraft erkämpfen könnten. Ein Beispiel für diese Art sozialer Staatshilfe ist das in Vorbereitung befindliche Hausgehilfengesetz.

Von jeher an den momentanen Erfolg gewöhnt und ihrem ganzen Wesen nach auf ihn eingestellt und angewiesen, werden die Gewerkschaften in solcher Situation eine besonders starke Neigung zur sogenannten positiven Mitarbeit zeigen, die sich, wenn nicht starke Einflüsse eine solche Entwicklung verhindern, leicht zum Glauben an die Kompromißpolitik des Kurparlamentarismus steigert. Je mehr der offene Kampf außerhalb des Parlaments ausstichtlos erscheint, um so mehr wächst das Interesse für den Weg der parlamentarischen Intrige und des friedlichen Schacherns.

In den Massen erzeugt dieser Zustand verschiedenartige Stimmungen. Ein Teil der Arbeiterschaft ist — fast noch mehr als selbst der Gewerkschaftsfunktionär — völlig einseitig auf den unmittelbaren materiellen Vorteil bedacht. Das mäßige Interesse dieser Schichten überläßt gern dem Funktionär und Parlamentarier die Sorge um das Wohl der Arbeiterklasse. Sie bilden die Masse, auf die der Kurparlamentarier, der Unterhändler sich stützt, mit deren Willen er seine Methode rechtfertigt. Ihre Zahl wird vermehrt durch andere, die infolge mangelhafter Einsicht von der Revolution enttäuscht sind und sich abgewandt haben von einer aktiven politischen Kraftentfaltung. Wenn sie auch nicht alle so tief deprimiert sind, daß sie sich mit dem gegenwärtigen Zustand abfinden, so haben sie doch in großer Zahl den Glauben verloren, die Arbeiterklasse könnte aus eigener Kraft das Stadium der Stagnation überwinden und den Weg ins Freie des siegreichen Klassenkampfes finden. Von dieser Stimmung bis zum Kompromiß mit der bürgerlichen Gesellschaft ist nur noch ein Schritt.

Ein anderer Teil sucht diesen Weg ins Freie durch die revolutionäre Emeute, wie wir es eben erst wieder erlebt haben. Auch die Sinnlosigkeit dieser Methode ist uns eben wieder vorgeführt worden.

Es bleibt übrig, daß das Proletariat seinen Weg zu suchen hat in einer Verbindung von Ausnutzung gegebener praktischer Möglichkeiten und aktiver Politik im Kampfe um sofort zu verwirklichende Forderungen. Eine Methode also, wie unsere Partei sie im Hallenser Manifest gefordert hat und wie sie von uns stets vertreten worden ist. Gerade die gegenwärtige Sozialpolitik aber gibt reichlich Gelegenheit zur Aufstellung solcher Forderungen. Wir werden, um nur ein Beispiel zu nennen, die Gefahren der Schlichtungsordnung auf solche Art abzuwenden haben. Und in diesem Kampfe haben alle Organisationsformen der Arbeiterbewegung in einer Front zu stehen, auch die Gewerkschaften.

Gerade sie haben den größten Wert darauf zu legen, daß die in ihnen organisierten Massen nicht in völlige Gleichgültigkeit versinken.

Wenn dem gegenwärtigen Krisenzustand, der den Gewerkschaftskampf fast unmöglich macht, eine Belebung der Wirtschaft folgt, was früher oder später nicht ausbleiben kann, dann wird der aktivere Teil der Massen zum Kampfe drängen. Die Gewerkschaftsleitungen werden ihm dann nicht ausweichen können. Gewinnen können sie ihn aber nur, wenn die Gesamtheit der organisierten Arbeiter elastisch genug bleibt, um sofort der veränderten Situation auch geistig gewachsen zu sein. Die Massen der Arbeiterschaft werden auch zu irgendeinem Zeitpunkt erkennen, wie unzulänglich die in schwerer Zeit mit Mühe erhandelten und für den Augenblick gewiß nützlichen sozialpolitischen Vorteile in Wirklichkeit sind und auf die Dauer sind, wie wenig sie genügen, um den notwendigen sozialen und kulturellen Ansprüchen der Arbeiterklasse zu dienen. Auch das wird den Trieb zur Aktivität bei dem energischeren Teil der Gewerkschaftsmitglieder steigern. Ein ähnliches Erlebnis hatte die englische Arbeiterbewegung, als in den Jahren 1911 bis 1913 eine lange Reihe heftiger Klassenkämpfe einer stillen Periode kompromißreicher Parlamentaristik folgte.

Auf eine solche Situation muß die Gewerkschaftsbewegung, ja die Arbeiterbewegung überhaupt, innerlich stets vorbereitet sein. Sie darf es daher nie unterlassen, die Arbeiterschaft fortlaufend aufzuklären über das wahre Wesen und den wirklichen Wert gerade dieser für unsere gegenwärtige politische Lage so charakteristischen Sozialgesetzgebung mit ihren Methoden der Schlichtung oder Umgehung von Arbeitskämpfen, deren sich die Gewerkschaften jetzt in so ausgiebigem Maße bedienen müssen. Die

Arbeiterschaft muß sich in jedem Augenblick über die Lage völlig klar sein. Sie muß wissen, wo sie Stellung zu nehmen hat, um den kommenden Dingen gewachsen zu sein: in den Frontreihen des Klassenkampfes. Das muß die Arbeiterschaft vor allem erkennen an jeder Handlung ihrer Organisationen, Partei wie Gewerkschaften, die sich selbst vor jedem Abweichen von dieser Linie auf das strengste zu halten haben.

Eine neue Entwaffnungsnote

Auflösung der Selbstschußorganisationen bis zum 30. Juni

Der Vorsitzende der Interalliierten Militärmission, General Nollet, hat der deutschen Regierung eine Note überreicht, die die Ausführungsbestimmungen zu den Londoner Bedingungen, soweit sie die Entwaffnung betreffen, enthält. Es werden darin die Zeiten mitgeteilt, bis zu denen die Organisation des Heeres mit den Bestimmungen des Friedensvertrags in Einklang zu bringen ist. Weiter wird angegeben, bis zu welcher Zeit das noch ausstehende Kriegsmaterial abgeliefert oder zerstört, wann die Ausrüstung der Befestigungen beseitigt sein muß.

Die Selbstschußorganisationen müssen bis zum 30. Juni sämtlich aufgelöst werden. Die Polizei muß so umgestaltet werden, wie es die Entente verlangt. Insbesondere besteht die Kommission auf folgende Maßnahmen: der jetzigen grünen Polizei den Charakter einer mobilen militärischen Streitkraft zu nehmen; die Probezeit und die kurzfristige Dienstzeit abzuschaffen; jeden Personal-austausch zwischen Polizei und Heer zu unterbinden; den Polizeischulen wieder den Charakter zu geben, den sie vor dem Kriege hatten, und deren Zahl herabzusetzen, daß sie im Verhältnis zu der durch die Note von Boulogne zugestandenem Stärkemehrung steht; alle Polizeilieferanten abzulassen; schließlich die Gesamtstärke aller Polizeikategorien, der uniformierten und nichtuniformierten, auf die Zahl von 150 000 Mann herabzusetzen. Die notwendigen Umstellungen müssen hinsichtlich der Organisation und der Stärke vor dem 15. Juli 1921 durchgeführt sein und die entsprechenden Anweisungen der Kommission vor dem 15. Juni 1921 mitgeteilt werden.

Bis zum 20. Mai hat die deutsche Regierung der Interalliierten Kontrollkommission mitzuteilen, daß sie die Vorkriegs-Fabriken, die Kriegsmaterial herstellen, anerkennt. Das Verlangen der deutschen Regierung, daß sie sich selbst die Fabriken anschauen wolle, die für die Herstellung von deutschem Kriegsmaterial in Frage kämen, ist also abgelehnt worden. Es wird weiter bis zum 30. Juni die Schaffung eines Gesetzes verlangt, daß die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial verbietet. Zum Schluß folgt die Erklärung, daß die verschiedenen Schreiben und Erlassen der deutschen Regierung, die der Kommission vor dem Abgangstage zugegangen sind und nicht den Gegenstand einer besonderen Mitteilung gebildet haben, durch die Note erledigt sind.

Die Entwaffnungsaktion in der Luftschiffahrt

Berlin, 17. Mai.

Die Interalliierte Luftfahrtkontrollkommission hat unter dem 13. Mai eine Note an das Auswärtige Amt gerichtet, in der die deutsche Regierung erlucht wird, diejenigen Maßnahmen wissen zu lassen, die sie ergriffen hat, um die Durchführung der Bestimmungen zu sichern, die sie hinsichtlich des Luftfahrwesens ergriffen hat. Als Anlage zu der Note ist das nachstehende Schriftstück beigefügt:

1. Entscheidung der Alliierten Regierungen über das Luftfahrwesen. Die Nachforschungen nach verbotenen Material sind von der deutschen Regierung zu erleichtern und alle im Artikel 202 vorgesehenen Ablieferungen müssen vor dem 15. Mai 1921 beendet sein.

2. Deutschland muß die Ausführung der Entscheidung von Boulogne sicherstellen, wonach die Fabrikation und Einfuhr von Luftmaterial erst drei Monate nach dem Tage wieder aufgenommen werden darf, an dem die Interalliierte Luftfahrtkontrollkommission anerkannt haben wird, daß der Artikel 202 vollständig ausgeführt ist.

3. Deutschland muß die für die Zerstörung von Zeppelin verhängte Entschädigung leisten. Die Einzelheiten dieser Entschädigung werden durch einen besonderen Vertrag bestimmt.

4. Deutschland muß vor dem 31. Mai 1921 die obengenannte Summe von 25 Millionen Mark zahlen.

5. Deutschland muß die Entscheidung der Vorkriegskonferenz vom 8. November 1920 befolgen, wonach die Verwendung von Flugzeugen bei seinen Polizeiformationen untersagt wird. Um die Anwendung des Artikels 198 des Vertrages, der ihm den Besitz aller Luftstreitkräfte für Heer und Marine untersagt, sicherzustellen, muß Deutschland außerdem diejenigen Begriffsbestimmungen anerkennen, die von den Alliierten Regierungen aufgestellt werden, um die zivile Luftfahrt von der durch Artikel 198 verbotenen militärischen Luftfahrt zu unterscheiden. Die Alliierten Regierungen werden sich durch ständige Ueberwachung versichern, daß Deutschland diese Verpflichtung erfüllt.

Das Auswärtige Amt hat diese Note der Kontrollkommission wie folgt beantwortet:

In Ihrer Note vom 13. Mai 1921 fordern Sie, daß Ihnen bis zum 18. Mai die Maßnahmen mitgeteilt werden, die die deutsche Regierung ergriffen hat, um die Durchführung der Vorschriften zu sichern, die in den Nummern eins, zwei, drei und fünf der Luftfahrklausele der Note vom 29. Januar 1921 enthalten sind.

Ich beehre mich dazu das Folgende zu bemerken:

1. Die deutsche Regierung wird bemüht sein, das in Deutschland nach verbotene Luftfahrgerät mit größter Beschleunigung zu erfassen; sie wird die Nachforschungen der Kontrollkommission nach solchen Gerät in jeder Weise erleichtern und ist bereit, deren etwaige Wünsche in jeder Hinsicht zu berücksichtigen.

2. Es werden in kürzester Zeit die gesetzlichen Maßnahmen getroffen werden, um die Ausführung der Entscheidung von Boulogne über Herstellung und Einfuhr von Luftfahrgerät sicherzustellen.

3. Die deutsche Regierung wird die für die Zerstörung von Zeppelin geforderte Entschädigung leisten und steht der Ueberlieferung eines entsprechenden Vertragsentwurfs entgegen.

4. Die deutschen Polizeiformationen sind nicht im Besitze von Flugzeugen und werden auch in Zukunft nicht mit solchen ausgestattet werden.

5. Die deutsche Regierung wird die Begriffsbestimmungen anerkennen, die von den Alliierten Regierungen aufgestellt werden, um die zivile Luftfahrt von der durch Artikel 198 verbotenen militärischen Luftfahrt zu unterscheiden.

Freie Einfuhr von Kaffee und Tee. Durch eine in den nächsten Tagen zur Veröffentlichung gelangende Bekanntmachung wird die Einfuhr von rohem Kaffee sowie Tee freigegeben. Das Einfuhrverbot für nicht rohen Kaffee (z. B. gebrannten, gerösteten, auch gemahlenen Kaffee, für Kaffeepulver usw.) bleibt nach wie vor bestehen.

Vertrag Russen gekrochen. Wie der „Proger-Tribuna“ mitgeteilt wird, ist der englische Sozialtheoretiker Bertrand Russell im deutschen Krankenhaus in Belling an Lungentzündung gestorben.

Rechtssozialisten und Deutsche Volkspartei

In der rechtssozialistischen Partei wird gegenwärtig die Frage der Koalition vorgenommen, wie auch der künftigen Regierungsbildung eifrig erörtert. Während der Eintritt in die Koalition mit Zentrum und Demokraten fast überall Billigung findet, föhrt der Versuch einiger Führer der S. P. D., den Boden für die Erweiterung der Koalition durch die Aufnahme der Deutschen Volkspartei zu bereiten, auf erheblichen Widerstand bei den Massen.

Das trat besonders deutlich in einer Generalversammlung der Rechtssozialisten in Magdeburg zutage, in der der Oberpräsident Hüring referierte. Er stellte zunächst die unwahre Behauptung auf, daß die Verführung des sozialistischen Einflusses in der jetzigen Koalition an dem Widerstand der Unabhängigen gescheitert sei. In Wirklichkeit ist der Eintritt der Unabhängigen in eine Koalitionsregierung ebenso an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien gescheitert, die durchaus nicht daran dachten, einer Regierungsbildung unter Mitwirkung der Unabhängigen zuzustimmen. Hüring besprach dann die Veruche der Demokraten, die Deutsche Volkspartei in die Regierung zu bringen.

Für uns wird dann die Frage akut: Ist es zweckmäßiger, aus der Regierung auszusteigen und den Bürgerlichen das Feld zu überlassen oder in der Regierung zu bleiben, aufzupassen, was geschieht, und unsern Einfluß geltend zu machen, damit die Lasten, die die Entente uns auferlegt hat, gerecht verteilt werden. Wir müssen unsern Einfluß behalten und dürfen uns nicht aus der Regierung drängen lassen, selbst auf die Gefahr hin, mit der Deutschen Volkspartei in der Regierung zu sein.

In der Diskussion wandten sich die meisten Redner entschieden gegen das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei. Doch hielt Hüring auch im Schlußwort an seiner Auffassung fest und betonte, die Volkspartei sei eine größere Gefahr, wenn die S. P. D. außerhalb der Regierung steht, als wenn sie mit ihr zusammenarbeitet.

Die Diskussion soll fortgesetzt werden, doch zeigte bereits der bisherige Verlauf, daß die Anhänger der Koalition mit der Deutschen Volkspartei planmäßig und hartnäckig an der Verwirklichung ihrer Anschauungen arbeiten und auch jetzt wieder befreit sind, dem ersten Schritt der S. P. D. zum Bürgerertum weitere Schritte folgen zu lassen. In einer Partei ohne sozialistische Grundzüge gibt es auf der höchsten Ebene kein Halt.

Die Säuberung beginnt

Zu den wenigen Abgeordneten in der Fraktion der Deutschen Volkspartei, die den Mut hatten, zur eigenen Ueberzeugung zu stehen, gehört auch der Abg. von Karboffi. Er war einer jener sechs, die für die Annahme des Ultimatums stimmten. Dafür soll er nun zur Rechenschaft gezogen werden. Gegen ihn, den Spitzenkandidaten im Wahlkreis Merseburg, ist eine Bewegung im Gange, die ihn zur Mandatsniederlegung zwingen will. So beschloß die Ortsgruppe Leipzig und Kapfenhauer einstimmig, einen sofortigen Mandatsverzicht von ihm zu verlangen.

Ungefragt darf man also in der Deutschen Volkspartei keine eigene Meinung haben, und dies um so weniger, je mehr auch die übrigen davon überzeugt sind, daß die Stellungnahme des Befehlshabers richtig war.

Stinnes-Ausreden

Die Mitteilungen der „Schwäbischen Tagwacht“, daß die Stinnes-Gruppe die Befehle des Ruhrgebietes durch die Entente erstrebt hat, um dann mit Hilfe der französischen Soldateska die Bergarbeiter wirtschaftlich zu knebeln, ist von den meisten bürgerlichen Blättern ebensowenig beachtet worden, wie unsere daran geknüpfte Mitteilung über eine frühere ähnliche Absicht des Vereins Deutscher Werkzeugmaschinenfabrikanten.

Nur der „Vokal-Anzeiger“ sucht seine Aufgabe als gehorsamster Diener des Herrn Stinnes zu erfüllen und bestreitet die Richtigkeit leit der Meldung. Über ansicht klare und positive Behauptungen des Herrn Stinnes zu geben, wozu er sich auch außerstande sieht, meint er, wie grundlos diese Angaben seien, gehe daraus hervor, daß das geschäftsführende Präsidiumsmitglied des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels, der Abgeordnete Otto Reinath habe die ablehnende Haltung des Deutschen Großhandels gegen das Ultimatum damit begründet, daß die Annahme desselben eine neue Verfeindung der verschiedenen Schichten des Volkes herbeiführen würde.

Reinaths Stellung, der zudem Mitglied der Demokratischen Fraktion ist, widerlegt natürlich nicht, daß die Stinnesgruppe anderer Meinung ist und anders handelt. Und daß die deutschen Unternehmer sich gern der Hilfe der ausländischen Kapitalisten bedienen, wenn diese bereit sind gegen die deutschen Arbeiter vorzugehen, das zeigt ja nicht nur das Beispiel der Werkzeugmaschinenfabrikanten, das zu bestreiten niemand den Mut hat, sondern auch unzählige ähnliche Taten aus früherer und jetziger Zeit. Oder ist Bergat Geisenheimer in Rattowitz mit seiner Hinneigung zu den Polen nicht auch ein Beispiel aus derselben Richtung?

Jesuitenmoral

Die „Note Fahne“ entrüstet sich darüber, daß wir bei der Schilderung der bolschewistischen Gewalttätigkeit in Georgien die Tatsache erwähnt hatten, daß der frühere Volksführer der Sowjetregierung, Herr Scheinmann, der gegenwärtig in Berlin mit der deutschen Regierung verhandelt, unmittelbar vor dem Einbruch der roten Armee in Georgien der georgianischen Regierung die Glückwünsche der Moskauer Regierung übermittelt, und daß sein Schiff „Kawtarab“ auf einem Bankett in schwungvollen Worten den Genossen Jordanis, den Chef der Regierung und Führer der georgianischen Sozialdemokratie feierte. Das kommunistische Blatt vermag diese Tatsachen, die die Jesuitenmoral der Sowjetgewalttätigen illustrieren, nicht abzustreiten, es beschuldigt uns aber gleichzeitig der „Seelengemeinschaft“ mit den Deutschnationalen, weil auch die „Deutsche Zeitung“ auf das Doppelspiel des Herrn Scheinmann in Georgien hingewiesen hat, um die Unzuverlässigkeit der Sowjetdiplomatie zu kennzeichnen.

Der Versuch der „Noten Fahne“, uns mit den Deutschnationalen zu verpackeln, ist ein ganz über Tassenpieleertrag, der um so widerlicher wirkt, als die Kommunisten noch soeben, Hand in Hand mit den Deutschnationalen, gegen die Annahme des Entente-Ultimatums im Reichstage gestimmt haben. Wenn die kommunistischen Machthaber in Rußland es vermeiden wollen, daß man sie in der äußeren Politik der Jesuitenmoral zeih, so sollen sie im Interesse sowohl des russischen wie des internationalen Proletariats, ihre Politik auch danach einrichten. Dann werden ihre journalistischen Handlanger in den Redaktionen der kommunistischen Blätter der Notwendigkeit enthoben sein, Unterstützung zu frakturieren, um die Sumpfschlüfen der bolschewistischen Politik mit einem Ozeanischen zu umgeben.

Eisenbahnerbewegung in Belien. Die Eisenbahner sind der Ansicht, daß die Regierung nicht genügend Entgegenkommen gegenüber ihren Forderungen gezeigt habe. Sie bereiten Maßnahmen für einen Generalstreik vor.

Die Neuwahlen in Italien

Ueber das Ergebnis der Parlamentswahlen in Italien liegen vorläufig noch keine abschließenden Ergebnisse vor. Es dürfte noch einige Tage dauern, ehe das endgültige Resultat der Auszählung festgelegt ist; augenblicklich liegen Schätzungen der verschiedenen Parteien vor, die das wahrscheinliche Wahlergebnis wie folgt veranschlagen: Liberale, Demokraten, Radikale und Reformisten 240 bis 285 Sitze, Sozialisten 90 bis 110, Popolari (Klerikale) 90 bis 107, Kommunisten 10 bis 15, Republikaner 10 bis 15, Faschisten und Nationalisten 20 bis 35, Unabhängige Nationalisten 10 bis 13, Slawen und Deutsche 10 bis 11 Sitze.

Gegenüber der Zusammensetzung der früheren Kammer würde dieses Wahlergebnis eine Erstarkung des vom Ministerpräsidenten Giolitti geförderten „Ordnungsblocks“ und eine gewisse Rechtsentwicklung des Parlaments bedeuten. Indessen ist der Ruf nach Rechts nicht so groß, wie man in den letzten Monaten angesichts des Lobens der bürgerlichen Ordnungsmeute und des Terrors der Faschisten befürchten konnte. Man hatte allgemein damit gerechnet, daß die Sozialisten mindestens die Hälfte oder noch mehr von ihren 136 Mandaten verlieren würden. In Wirklichkeit stellt sich aber heraus, daß die Sozialisten an vielen Orten und auch in Rom absolut gewonnen an Boden gewonnen haben und nur deshalb eine Anzahl Mandate verloren, weil getrennte Listen von Kommunisten und Sozialisten eingereicht waren. In Rom beispielsweise haben die Sozialisten 7600 Stimmen gewonnen, was einen Zuwachs von fast 95 Prozent bedeutet.

Bei diesem Wahlausfall muß ferner noch berücksichtigt werden, daß eine Anzahl von Bezirken, die bisher etwa 20 Sozialisten in die Kammer entsandt hatten, Wahlenthaltung übten, weil der Terror in diesen Bezirken so groß war, daß die Sozialisten nicht einmal ihre Listen drucken können. Es ist schwer, sich einen rechten Begriff von dem Terror zu bilden, der augenblicklich in Italien wütet und der zahlreiche Genossen veranlaßt, für Wahlenthaltung einzutreten. Hunderte von Genossen sind schon von den Faschisten, den Agenten der Großindustriellen und der Großagrarier, ermordet worden. Zahlreiche Arbeiterkammern und Genossenschaften in kleinen und in größeren Städten sind vollständig niedergebrannt oder niedergegriffen worden. An vielen Orten kann der „Avanti“, das Zentralorgan unserer italienischen Bruderpartei, nicht mehr verkauft werden.

Der Wahlkampf selbst spielte sich unter den furchterlichsten Drangsalprogrammen und Vergewaltigungen der Arbeiterschaft ab; Wahlprogramme wurden gedruckt, Wahlzettel nicht verteilt, Wahlplakate nicht angeschlagen, weil die Verteiler und die Ankleber mit dem Tode bedroht wurden. In vielen Städten, wie Bologna, Ferrara, Modena, Ravenna, wurden sich unsere Genossen nicht auf den Straßen zeigen, ohne von bewaffneten Faschisten angegriffen zu werden. Unzählige Genossen in den Städten und insbesondere auf dem Lande wurden von den Faschisten mit Totschlag bedroht, wenn sie am Wahltage in den Wahllokale erschienen würden.

Angesichts dieser unerhörten Zustände beschäftigte sich der Nationalrat der Sozialistischen Partei noch am 5. Mai mit der Frage, ob die Sozialisten überhaupt an dieser Wahl teilnehmen sollten. Viele Genossen, und nicht die ersten besten, traten für Wahlenthaltung ein, weil unter dem Regime des weißen Terrors eine Wahlbeteiligung materiell unmöglich sein würde. Einer der ältesten Kämpfer der Sozialistischen Partei, Genosse Prampolini, der seit mehr als zwei Jahrzehnten der Kammer angehört, bestrich die Wahlenthaltung. Dennoch wurde die Wahlenthaltung mit 58 188 Stimmen der Vertreter von 44 Provinzen gegen 5579 Stimmen der Vertreter von drei Provinzen, bei Wahlenthaltung von 7809 Stimmen von 5 Provinzen, abgelehnt. In der angenommenen Resolution wurde der von der gesamten Bourgeoisie unterstützte weiße Schrecken als eine Aufhebung des Wahlrechtes bezeichnet und der kommenden, aus Blut und Brand geborenen Kammer von vornherein jede Rechtsgültigkeit bestritten. Auch wurde anerkannt, daß in einigen Provinzen, in denen die Verbreitung von Wahlausrufen, sozialistischen Flugblättern und Zeitungen gewalttätig unterdrückt wird, die Wahlbeteiligung einfach unmöglich sei. Das trifft namentlich zu für Reggio Emilia, die historische „rote Provinz“, und ferner für Bologna und Perugia.

Abgesehen von diesen Provinzen, in denen die Wahlen von Rechts wegen als ungültig betrachtet werden müssen, haben die Arbeiter, ungeachtet aller Einschüchterungen der Reaktion, der Parole der sozialistischen Parteileitung Folge geleistet und durch ihr Votum bewiesen, daß sie nach wie vor treu zur Fahne des Sozialismus stehen. Sie haben auch die jetzigen Wahlen, trotz der ungewohnten Ungunst der Verhältnisse, nicht als eine nebensächliche Angelegenheit, sondern als eine wichtige Etappe im revolutionären Kampfe betrachtet und durch ihre Stimmabgabe die reaktionären Erwartungen der Bourgeoisie zurückgeworfen. Wenn die italienische sozialistische Partei jetzt nur gering geschwächt aus dem weißen Terror des Wahltages hervorgeht, so bedeutet das eine politische Niederlage der bürgerlichen Reaktion, die sich in der Erwartung getäuscht sieht, den italienischen Sozialismus durch ihre Gewaltmaßnahmen zerschmettern zu können.

Und noch in einer anderen Hinsicht bedeutet der Wahlausfall für die bürgerliche Reaktion eine Enttäuschung. Sie hatte gehofft, daß der Spaltungskongress in Livorno und die wilde Zerkerungsarbeit der neugebildeten kommunistischen Partei die italienische Arbeiterbewegung in einen Trümmerhaufen verwandeln würde. Das ist nicht eingetreten. Die überwältigende Mehrheit der italienischen Arbeiter ist der sozialistischen Partei treu geblieben, die in Livorno den Moskauer Diktator eine Absage erteilt hat. Der abgespaltene Flügel der Partei, der sich nach dem Kongress als kommunistische Partei Italiens konstituierte, hat in diesem Wahlausfall eine zerschmetternde Niederlage erlitten und nur etwa ein Zehntel der Stimmzahl ausgebracht, wie die Sozialistische Partei. Indessen haben die Kommunisten auch bei dieser Gelegenheit insofern einen „Erfolg“ davongetragen, als sie durch ihren geschlagenen Kampf gegen die Sozialistische Partei und durch ihr gesondertes Auftreten bei den Wahlen die Gesamtzahl der der Arbeiterschaft zufallenden Mandate zugunsten der Bourgeoisie verringert haben.

Die tschechischen Kommunisten

Die bisherige Linke der tschechischen sozialdemokratischen Partei hat mit ihrem zu Pfingsten abgehaltenen Kongress, bei dem vorwiegend über die Frage der Nationalität entschieden wurde, die Moskauer Internationale beschlossen. Adhäre Nachrichten über den Verlauf der Tagung liegen bis jetzt noch nicht vor. Ganz so einmütig dürfte es dabei aber nicht zugegangen sein, denn der Wappenspruch der tschechischen Kommunisten hat auch in der Tschechoslowakei bisher leidenschaftliche Gegner der dritten Inter-

nationale zu erster Kritik herausgearbeitet. Als erster trat mit solcher Kritik Dr. Schnermal, der Gründer und bisherige Führer der tschechischen Linken hervor, der Moskau überhaupt erst in der Tschechoslowakei die Wege geebnet hatte und gestern noch der Abgott der Moskauer war. Schnermal erhielt sehr bald in den eigenen Reihen Unterstützung. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Moskauer Exekutive in einem Begrüßungsschreiben an den Parteitag die Notwendigkeit einer gründlichen Reinigung der Partei betonte. „In der Parteileitung“, so heißt es in dem Schreiben wörtlich, „sind Elemente, die bewußt oder unbewußt die Sache des Kommunismus sabotieren. Da einzelne Elemente unter Berufung auf die Stimmen der Arbeiterschaft bisher nicht den Mut hatten, sich der kommunistischen Internationale anzuschließen, und bisher auch nicht den Mut aufbrachten, sich mit den Kommunisten der Deutschen und der Tschechoslowaken zu vereinigen, ist es klar, daß sie nicht tschechisch, das Verhältnis zur tschechischen Bourgeoisie zu lösen, ihre Hiebe mit rücksichtslosen Hieben zu erwidern und, wo sich Gelegenheit bietet, zum Gegenangriff überzugehen. Wir hoffen, daß der Kongress nicht bloß den Namen kommunistische Partei annehmen wird, um sich äußerlich durch eine Koalition von der mit der Bourgeoisie „beschmutzten“ Sozialdemokratie zu unterscheiden, sondern sich nach außen hin deutlich zu den Grundfragen und der Taktik der kommunistischen Internationale bekennen wird.“

Namen werden in der Moskauer Rundgebung nicht genannt, aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Erziehung einer Scheidelinie gegen Schnermal und seine Freunde gefordert wird. Das ist um so bestimmter anzunehmen, als Schnermal in einer kürzlichen Rundgebung an die französische kommunistische Partei mit Serrail und Leoni in eine Reihe gestellt worden ist. Ob sich der Wille Moskaus auf der Pfingsttagung der tschechischen Linken durchgesetzt hat, erscheint sehr fraglich. Dann aber dürfte die Freude Moskaus an dem neuen Zuwachs keine ungeteilte sein.

Ueberall Verräter!

Der Fall Leoni zieht auch unter den ausländischen Kommunisten immer weitere Kreise. So hat vor einigen Tagen der kommunistische Regierungsrat Schneider in Basel in einer Versammlung des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes wörtlich folgende bemerkenswerte Ausführungen gemacht:

„Ich weiß sehr wohl, daß in diesem Augenblick ein Rasenkreiß ein Unfinn, ein Generalunfinn — wie Graulich sich ausgedrückt hat — wäre, und zwar ganz einfach deshalb, weil die Vorbedingungen dafür nicht vorhanden sind. Aber wir dürfen die Hände nicht in den Schoß legen. Es ist nötig, zu versuchen, diese Vorbedingungen zu schaffen. Bezüglich der Parteispaltung stehe ich noch heute auf dem Standpunkt, den ich von jeher eingenommen habe. Ich betone nochmals: Ich stehe heute noch auf diesem Standpunkt, und ich habe das der kommunistischen Parteizentrale auch gesagt!“

Ich billige lange nicht alles, was in der kommunistischen Partei vorgeht, insbesondere nicht die Art und Weise, wie man mit Andersdenkenden verfährt. Das wird zu einer katastrophalen Verbitterung führen. Es wird kommen der Tag, an dem Arbeiter gegen Arbeiter, und deshalb der Kampf Arbeiterklasse gegen Arbeiterklasse. Wenn wir da rechtzeitig abbremsen, ist das im Interesse des Schweizerischen Proletariats.“

Was die grundsätzlichen Auseinandersetzungen anbelangt, so stehe ich vollkommen auf dem Standpunkt Leonis. Ich sah in seiner Broschüre bestätigt, was ich mir an der Hand der Berichte selbst bereits zurecht gelegt hatte. Zu sagen, Leoni sei ein Verräter, ein Schuft, damit ist das Problem nicht gelöst. Das habe ich auch dem Zentralorgan der kommunistischen Partei der Schweiz und seiner Redaktion auseinandergesetzt. Es handelt sich im Grunde genommen nicht um einen Fall Leoni, sondern um ein Problem, das so formuliert werden kann: revolutionärer Marxismus oder Panischiomus, meinestwegen auch Panischiomus oder Panischiomus! Darum sollte jeder zu verstehen geben, was in der Broschüre Paul Leoni erklärt wird! Wir sollten etwas weniger die Splitter und Hölzer der anderen und dafür etwas mehr die Balken im eigenen Auge sehen!“

Der Kommunist Schneider gehörte im vorigen Jahre zu den eifrigsten Vorkämpfern der kommunistischen Spaltungsarbeit in der Schweiz, der die Einheit der Schweizerischen Sozialdemokratie zum Opfer gefallen ist. Auch in Deutschland wirkte er gelegentlich im Sinne der Renkomanunisten. Seine gegenwärtige Stellungnahme zeigt, daß auch unter den Schweizerischen Kommunisten Ernüchterung und Selbstkritik um sich greift. Diese Tatsache dürfte geeignet sein, Hoffnungen auf eine baldige Wiedergeburt der Arbeiterbewegung in der Schweiz zu erwecken. Der Moskauer Exekutive freilich wird solche zutreffende Kritik nur einmal mehr das Seziermesser in die Hand drücken. Sie empfindet den gesunden Menschenverstand als lästiges Geschwür, dem man nur mit dem Messer beikommen kann.

Der Parteitag der U.S.P. Bayerns

München, 16. Mai.

Die Delegierten und Gäste, die zum bayrischen Parteitag kamen, erhielten gleich am Bahnhof eine Kollprobe bayrischen Foliengeistes. Das Empfangskomitee der Münchener U.S.P. wollte am Bahnhof mit einer roten Fahne Aufstellung nehmen, um den ankommenden Delegierten seine Auffindung zu erleichtern. Aber die Münchener Polizei sah in der roten Fahne eine Gefahr, die zu Aufständen führen könnte und verbot sie. Als man dann eine Tafel anbringen wollte mit der Aufschrift: „Landesparteitag der U.S.P.“, wurde auch diese Orientierungsmöglichkeit von den polizeilichen Ordnungsanatikern unterlagert.

Am 14. Mai, nachmittags 3 Uhr, wurde der zweite Landesparteitag der U.S.P. Bayerns im festlich geschmückten Saal des Gewerkschaftshauses in München vom Genossen Simon Münzberg eröffnet. Der vom Genossen Unterleitner erstattete Geschäftsbericht des Landesvorstandes zeigte, daß die durch die Spaltung geschlagenen Wunden organisatorisch zum Teil bereits überwunden sind. Die Partei zählt jetzt in Bayern 21 000 Mitglieder und befindet sich in erfreulicher Aufwärtsbewegung. Genosse Garetz gab den Bericht über die Tätigkeit der Landtagsfraktion, die im Jahre 1920 mit 20 Mandaten ins bayrische Parlament einzog, durch die Parteispaltung aber 5 Mandate an die Kommunisten verlor. Genosse Kietzsch befindet sich noch in Festungshaft, so daß die Fraktion tatsächlich nur über 14 von 158 Sitzen verfügt. Durch diese zahlenmäßige Schwäche war die Tätigkeit der Fraktion wesentlich erschwert und sie konnte deshalb nicht viel Entscheidungen herbeiführen, aber anerkennend hat sie doch gewirkt durch Enttarnung der Konterrevolution und durch jähres Festhalten an den sozialistischen und revolutionären Grundausstellungen. Nach einer sehr regen Debatte erstattete Genosse Winter ein Referat über die politische Lage, wobei er besonders eingehend über die Frage des Ultimatus und aus seiner Annahme sich ergebenden Folgerungen sprach. Kuis schärfste geißelte er das verheerende Spiel der bayrischen Regierung, die durch ihre Einwohnerwehnpolitik immer wieder neue innen- und außenpolitische Gefahren heraufbeschwöre. Während sie um die Belohnung der Einwohnerwehren der Frankreich betreibt, rüftet sie Horden in Zerstörung nach dort geschickt worden, und täglich werden von einem Vorbesitzer in München 200—300 Deute angeworben, um am Arbeitsamt werden die Arbeitslosen 60 Mark pro Tag gebeten, wenn sie die Expedition mitmachen. Sogar hübsche Beamtinnen werden nach einem Ruhschreiben der Beamtentammer in diese Freizeitschwarz eingereiht und sollen für die Zeit ihres

„Wirkens“ in Oberschlesien ihre Gehalt fortbezogen. Diesem Treiben muß die deutsche Regierung im Interesse des deutschen Volkes mit aller Energie entgegenzutreten. Die Entwicklung der letzten Monate und Wochen hat gezeigt, daß in Deutschland die Entscheidung darüber herannahet, ob eine rein kapitalistische oder eine rein sozialistische Regierung die Geschichte des deutschen Volkes leiten soll. Die bayrische Konterrevolutionäre Regierung ist das schwerste Hindernis für ein offenes Spiel mit der Entente. Ihr stehen die Einwohnerwehren höher als die Interessen des deutschen Volkes. Darum, weg mit ihr!

Den politischen Höhepunkt des Parteitages bildete die Annahme einer Kundgebung, die mit stürmischem Beifall und Händeklatschen einstimmig angenommen wurde, und in der es über die augenblickliche Haltung der Kahr-Regierung heißt:

„Jetzt kommt es darauf an, daß durch die Entwaffnung und Auflösung der bayrischen Einwohnerwehren der Entente jeder Vorwand für Zwangsmassnahmen genommen wird. Während aber die Regierung Kahr in landesverräterischer Weise durch neue Sonderverhandlungen mit gewissen französischen Kreisen die Einwohnerwehren selbst auf die Gefahr der Zerschlagung Deutschlands hin zu zerlegen versucht, läßt sie es zu, daß die freiwilligen in Zerstörung nach Oberschlesien reisen, und daß „freiwillige Truppen“ für den Kampf gegen die polnischen Aufständischen geworben werden.“

Die heutige bayrische Regierung erweist sich so als das gefährlichste Hindernis für eine im Interesse des deutschen Volkes stehende grundsätzliche Wendung der deutschen Außenpolitik. Ihre Beseitigung ist daher das zwingendste Gebot der gegenwärtigen politischen Lage.

Im übrigen schloß sich der Parteitag der Kundgebung des Zentralkomitees der U.S.P.D. vom 13. Mai 1921 voll und ganz an, in der die einzig mögliche Stellung der deutschen Arbeiterschaft zur Weltlage festgelegt wird.“

In den weiteren Beratungen wurde ein neues Organisationsstatut genehmigt und eine Reihe von Anträgen angenommen, darunter auch eine Verpflichtung für die Ortsgruppen, die „Sozialistische Proletarierjugend“ zu fördern, Ortsgruppen zu gründen und Abonnenten für die Jugendzeitung zu werben. Weiter wurde beschlossen, in kurzer Zeit eine bayrische Frauenkonferenz einzuberufen.

Der Verlauf des Parteitages, der von 80 Delegierten aus allen Teilen Bayerns und der Pfalz besetzt war, war von zielbewusstem Kampfegeist erfüllt und hat gezeigt, daß die U.S.P. auch in Bayern wieder auf dem Vormarsch ist.

Orgesch-Werbungen für Oberschlesien

Eine wertvolle Ergänzung zu den Mitteilungen auf dem Landesparteitag der U.S.P. Bayerns liefert eine Zuschrift an die Berliner „Volkszeitung“, in der es heißt, daß in Dortmund in der Straße Ostwall 4 längere Zeit eine Geschäftsstelle der Orgesch unter Leitung des Oberleutnants Lüdemann vom ehemaligen Regiment 189 bestand, und daß dieser Lüdemann unterm 10. Mai aus München an ihm nachstehende Personen in Dortmund schrieb, alle ehemaligen treuen 150er am nächsten Donnerstag im Reindushof in Dortmund zusammenzubringen, da einige eisene, entschlossene Kerle gebraucht werden. In den gleichen Mailagen wurde im Reindushof eine Werbe-stelle für Oberschlesien eröffnet. An dem Lokal wurden Plakate aufgehängt: „Herbei, herbei, Bürger, Arbeiter! Rettet Oberschlesien! Nähere Auskunft hier“. Den sich Meldenden wurde von einem Bruder des Oberleutnants Lüdemann gesagt:

„Es gilt, Oberschlesien zu retten, da dies aber von der Regierung verboten sei, müßte man erst nach München fahren. Ausgehelt werde ein Handgeld von 200 Mk., sowie 50 Mk. Verpflegungsgeld; die Reise sei frei. Die Behörden können nicht im Wege, der Zuspruch sei groß; erst am vergangenen Freitag seien 150 Mann nach München abgehahren, der letzte Transport gehe am Dienstag nach Pfingsten ab. Zugleich wurde empfohlen, im Falle der Abreise nach München ein Telegramm nach folgendem Schema zu richten: „Gauleitung München, Rinderstraße 8, Lüdemann — 5 Gäste zur Vererdigung antommen. 8 Uhr antommen.“

In der Unterredung, die der Reichskanzler Wirth dem Chefredakteur der „Germania“ gewährte, äußerte er u. a., daß er die in seinem Ja enthaltenen Bedingungen betreffs des Ultimatus der Entente in der Entwaffnungsfrage erfüllt erfüllen werde. Diese Hinweise geben ihm gute Gelegenheit zum Einschreiten.

Internationale Solidarität

EM. Amsterdam, 17. Mai.

Der Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsverbandes konferierte heute mit dem Leiter des Zentralverbandes der Transportarbeiter über die Maßnahmen zur Verhinderung der Kohlen-durchfuhr und Kohlenausfuhr vom Kontinent nach England.

Saarbrücken, 17. Mai.

Bei den heute in der Bergwerksdirektion zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Bergarbeiter- und Metallarbeiterverbände abgehaltenen Lohnverhandlungen erklärten die Vertreter der Arbeiter, daß sie den Verhandlung von Saar-lohne nach England nicht dulden könnten. Das Solidaritätsgefühl sei bei den Bergarbeitern sehr stark ausgeprägt, und sie zögen es vor, Feuerfächten zu verfahren, als Streikbrecherdienste zu leisten. Die französische Direktion erklärte, daß ein direkter Versand nach England nicht stattdände, daß sie aber durch den Streik neue Absatzgebiete gewonnen hätte und daß die Bergarbeiter, falls diese Absatzgebiete nicht gewonnen worden wären, im Monat Mai nur 17 Schichten hätten verfahren können.

Deutsche Kohle in England

M.T.B. teilt mit: Die in der deutschen und ausländischen Presse häufig erwähnte deutsche Kohle, die jetzt zur Linderung der durch den englischen Streik verursachten Kohlennot nach England gelangt, ist Kohle, die Deutschland auf Grund des Spitzkommens an die Entente liefern muß und die von Frankreich und Belgien nach England verkauft wird, während direkte Verkäufe von deutschen Produzenten nach England nicht stattdgefunden haben.

Dieser Vorgang zeigt auch den Arbeitern in den Siegerstaaten mit aller Deutlichkeit, daß die Ausführung der Friedensbedingungen nicht den kapitalistischen Regierungen überlassen werden darf, sondern, daß das internationale Proletariat entscheidend dabei mitwirken muß. Insbesondere das französische Proletariat müßte seine Bourgeoisregierung daran verhindern, daß deutsche Kohle, anstatt daß sie vertragenmäßig für den Wiederaufbau verwendet wird, zur Bekämpfung des englischen Bergarbeiterstreiks Verwendung findet. Aber gerade die Erfüllung dieser Pflicht ist den französischen Arbeitern durch die Spaltungsparolen von Moskau erschwert worden; die sozialistische Bewegung in Frankreich wurde durch die geschwächte und der Kommunismus hat es dort über einige revolutionäre Phrasen noch nicht gebracht. So erweist sich auch bei dieser Gelegenheit der ganze Versuch der kommunistischen Spaltungstaktik

Groß-Berlin

Die Besteuerung der Hausangestellten

Durch eine Verordnung des Landesfinanzamts ist kürzlich der Geldwert der Naturalleistungen neu festgesetzt worden. Während er für Hausangestellte bisher 125 M. betrug, ist er nun auf 225 M. festgesetzt worden. Durch diese Erhöhung des Geldwertes der Naturalleistungen werden die Hausangestellten außerordentlich hart zur Steuer herangezogen. Unter Berücksichtigung der in der Novelle zum Einkommensteuergesetz getroffenen Aenderungen hinsichtlich des steuerlichen Existenzminimums, wonach künftig für ledige Personen monatlich nur 100 M., statt bisher 125 M., vom Gesamteinkommen in Abzug zu bringen sind, berechnet sich der Steuerabzug künftig wie folgt: Barlohn 80 M., Naturalbezüge 225 M., Gesamtlohn 305 M. Davon sind abzuziehen: steuerfrei 100 M., zwei Drittel Krankenkasse 15 M., Invalidenbeitrag 6 M., so daß 184 M. steuerpflichtiges Einkommen verbleiben, von dem 10 Prozent = 18 M. abzuziehen sind.

Bei einem Barlohn von 80 M. hätte also jetzt ein Hausangestellter insgesamt 38 M. Abzüge zu erdulden, also fast die Hälfte, das ist eine so starke Belastung der Hausangestellten, insbesondere durch die hohe Anhebung der Naturalbezüge, daß dringend zu verlangen ist, daß bei der Neuregelung des Lohnsteuergesetzes diese unsozialen Verhältnisse beseitigt werden.

Aus der Neuköllner Gartenarbeitschule

Das Bezirksamt 14 hat die in Neukölln bestehende Gartenarbeitschule durch Hinzunahme von zwei weiteren Grundstücken wesentlich erweitert, um auf diese Weise eine immer größere Zahl von Schülern dieser neuzeitlichen Einrichtung teilhaftig werden zu lassen. Die überaus günstig gelegenen neuen Schulgärten befinden sich an der Gengerstraße und am städtischen Sportplatz an der Grenzallee. Unter Einbeziehung des bereits im Vorjahre am Briger Hafen des Teilmontags eingerichteten ersten Schulgartens sind 3, 31, die 5, 6, 19, 27, 28, 31, 32, 35, 37, 39, 40, Gemeindegärten und die 1. Hilfschule mit zusammen 67 Klassen und rund 3200 Kindern an die Neuköllner Gartenarbeitschule angeschlossen. Täglich erhalten daselbst etwa 22 Klassen ihren naturkundlichen Unterricht, wobei sich Schüler und Schülerinnen zugleich auch praktisch betätigen. Eltern und sonstigen Interessenten bietet sich bei gutem Wetter von 8 bis 12 1/2 Uhr Gelegenheit, durch Besuch der Schulgärten einen Einblick in das Wirken dieser in der Entstehung begriffenen Gemeindegartenschule zu gewinnen.

Kohlenpreiserhöhung

Vor einigen Tagen ging durch die Presse die Mitteilung über eine notwendige Kohlenpreiserhöhung. Als Gründe hierfür wurden angeführt: Frachterhöhung, Produktionskostensteigerung, Erhöhung der Viehmieten, Lohn- und Gehaltssteigerung. Soweit die Preissteigerung auf die Lohnerhöhung zurückgeführt wird, bemerken wir dazu folgendes:

Die letzte Lohnerhöhung der gewerblichen Arbeitnehmer erfolgte am 18. Februar 1921 und brachte den Arbeitnehmern eine Erhöhung von 60 Pf. pro Stunde. Diese Lohnaufbesserung wurde ausgeglichen durch die seinerzeit erfolgte Kohlenpreiserhöhung von 15 Pf. pro Zentner. An der jetzigen Preiserhöhung haben die gewerblichen Arbeitnehmer keinen Anteil, es kann, wenn für die jetzige Preissteigerung Lohnerhöhung als Grund mitangeführt wird, sich also nicht auf die gewerblichen Arbeitnehmer beziehen. Die Angestellten im Kohlengroßhandel erhielten die letzte Gehaltsaufbesserung im Januar d. J. und ist auch diese seit längerer Zeit inwischen abgeholt, so daß auch die Erhöhung der Anstellteingehälter für diese Preiserhöhung nicht in Frage kommen kann. — Wem kommt nun eigentlich die gesamte Preiserhöhung zugute?

Wo erhalte ich meine Entschädigung für Aufrührschäden?

Auf Grund des Gesetzes über die durch innere Unruhen verursachten Schäden und der Verordnung betreffend das Verfahren zur Feststellung der Entschädigungen sind vom Polizeipräsidenten von Berlin mit Ermächtigung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg und von Berlin für Groß-Berlin folgende Ausschüsse gebildet worden:

- Ausschuß I für die Polizeiamtsbezirke Tiergarten, Wedding, Charlottenburg und Wilmersdorf.
- Ausschuß II für die Polizeiamtsbezirke Prenzlauer Tor, Berlin-Mitte und Pantow.
- Ausschuß III für die Polizeiamtsbezirke Friedrichshain und Hallesches Tor.
- Ausschuß IV für die Polizeiamtsbezirke Spandau und Reinickendorf.
- Ausschuß V für die Polizeiamtsbezirke Zehlendorf, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof, Neukölln und Treptow.
- Ausschuß VI für die Polizeiamtsbezirke Lichtenberg, Weißensee und Köpenick.

Zu Vorsitzenden dieser Ausschüsse sind ernannt worden: für Ausschuß I Stadtrat a. D. und Kammerer Rohde in Berlin-Wilmersdorf, Rausche Straße 33, für Ausschuß II ist Ernennung noch nicht erfolgt, für Ausschuß III Stadtkammerer Lindner in Neukölln, Berliner Straße 33, für Ausschuß IV Stadtrat Dr. Behniß in Spandau, für Ausschuß V Oberregierungsrat von Duolong in Berlin-Schmargendorf, Post Brunerwald, Calvar-Tempel-Str. 28, für Ausschuß VI Beigeordneter Dr. Klamroth in Weißensee, Parfstraße 60.

Die gleichzeitig ernannten Vertreter der Reichsinteressen sind auch zu Vertretern der Landesinteressen bestimmt worden. Bearbeitende Dienststelle der Angelegenheiten für Aufrührschäden ist bis auf weiteres die Hauptgeschäftsstelle des Polizeipräsidenten.

Die Dreistigkeit der Drogen

Von der Erwerbslosenfürsorge des Magistrats wurden vor einigen Monaten dem Verband der Heilmattreuen Oberschlesier einige Räume im Marstall zur Erledigung der Abtunungs-geschäfte zur Verfügung gestellt. Man sollte meinen, daß jetzt diese Tätigkeit beendet ist und die Räume dem Magistrat wieder zur Verfügung gestellt worden sind. Das ist nicht geschehen, sondern man hat aus dieser Geschäftsstelle jetzt ein Werk-bureau für die Apo in Obereschlesien gemacht. Da aber für die Apo in Wirklichkeit kein Bedarf ist, handelt es sich um eine verschleierte Werbung für die Oberschlesische Drogen.

Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, welche hochverratrisches Spiel wieder von gewissen wildgewordenen nationalistischen Kreisen getrieben wird. Unzulässig ist es aber, daß diese die Freiheit so weit treiben, in Räumen des Berliner Magistrats ganz offen zu werden. Es bedarf wohl nur dieses Hinweises, um den Magistrat zu veranlassen, diese Tätigkeit in seinen Räumen zu unterbinden.

Elternbeiratswahl in Neukölln. Die am Sonntag, den 22. Mai 1921, festgesetzten Elternbeiratswahlen finden statt in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags.

„Unterrichtskurse für Arbeiter“, E. B. In den Kursen für Deutsch und Rechnen werden noch Anmeldungen entgegengenommen. (Abends von 7—8 Uhr.) Am Donnerstag, den 19. Mai, in Neukölln, Kaiser-Friedrich-Strasse 208/10, am Freitag, den 20. Mai in Lichtenberg, Marktstraße 33 und am Sonnabend, den 21. Mai, für unsere Berliner Schulen (Gips-, Gieß- und Niederwallstraße) in der Niederwallstraße 12. Jeder Kursus umfaßt 12 Abende und kostet vier Mark. Arbeitslose erhalten Freifahrt.

Volkshilfskomitee Bezirk 20, Reinickendorf. Aufführung des städtischen Marionettentheaters am Freitag, den 20. Mai, nachmittags 4 Uhr, in Tegel, Humboldtschule und Sonnabend, den 21. Mai, nachmittags 4 Uhr, in Borjowalder, Turnhalle der Volkshilfe. Geplant werden zwei Kasperlspiele von Yocci: „Die drei Wünsche“ und „Kasper unter den Wilden“. Eintritt für Kinder 75 Pf., für Erwachsene 1,50 M.

Milchlieferung. Am Mittwoch, den 18. und Donnerstag, den 19. d. M., werden die D-I-Karten mit 4 Liter Frischmilch beliefert, die D-II- und D-III-Karten erhalten keine Milch.

Verwaltungsbezirk 16, Köpenick. In der am Mittwoch, den 11. d. M. stattgefundenen Sitzung der Bezirksverammlung, wurde unter Genosse Heidrich eingeführt. Genosse Rief protestierte gegen die Einberufung der Sitzung auf diesen Mittwoch, da an diesem Tage unsere Partei-Veranstaltungen stattfinden und in voriger Sitzung ein diesbezüglicher Wunsch unserer Fraktion ausgesprochen wurde. Ein von uns gestellter Antrag, den zweiten Mittwoch im Monat von jeder Sitzung frei zu lassen, wurde angenommen. Der Antrag Kohnsdorf betreffend Freihaltung des zwischen Kohnsdorf und Freidob Muggelsee gelegenen Ackerstreifens, wurde dem Bezirksamt überwiesen. Ein weiterer Antrag: Bau eines Alters- und Siechenheims, wurde nach warmer Befürwortung des Genossen Straube ebenfalls dem Bezirksamt zwecks Einforderung der Mittel dazu übertragen. Eine sehr lebhaft ausgeführte Diskussion über einen vom Bezirksamt eingebrachten Antrag, Ortsamtsstellen einzurichten. Dem

stellten die Bürgerlichen den Antrag, Ortsbezirke zu bilden entgegen, welcher wie nicht anders zu erwarten, auch die Unterstützung der Kommunisten fand. Unsere Genossen und die SPD. traten dem entschieden entgegen. Die Bürgerlichen beantragten namentlich die Abtunung und wurde der Antrag mit Hilfe der Kommunisten angenommen. Hoffentlich ist damit das letzte Wort noch nicht gesprochen. Nachdem noch ein Ausschuß gewählt war, welcher sich mit dem Antrag, Wahl von Bezirksdeputationen be-fassen soll, wurde die Sitzung vertagt.

Ein gefährlicher Briefmarde wurde von der Kriminal-Post-dienststelle unschädlich gemacht. Der Dieb, der sich auf eine eigene Art in den Brief fremder Briefe leckte, wurde erloscht als ein früherer Postkassierer Willibald Radell aus der Feuer-strasse, der wegen Unregelmäßigkeiten aus dem Dienste entlassen worden war und sich beschäftigungs- und wohnungslos in Berlin aufhielt. Radell besah noch eine alte Postuniform. In dieser stellte er sich im Westen Berlins, am Kurfürstendamm, auch in Schöneberg und Charlottenburg wo er überall größere Werte in den Briefkästen vermutete, bald hier, bald da an einem Kasten auf. Den Leuten, die nun mit Sendungen kamen, besonders Ge-schäftsleuten, erzählte er, der Briefkasten sei nicht in Ordnung, und er sei deshalb von der Postverwaltung beauftragt worden, die Sachen von den Ablendern in Empfang zu nehmen, um sie nach dem Amt zu bringen. Statt dessen jedoch nahm er alles, was ihm so in die Hände geriet, mit und leerte später die Briefe. Von den Sendungen, die keinen nennenswerten Inhalt hatten, nahm er wenigstens die Marken herab. Die markenlosen Briefe steckte er dann zum Teil wieder in einen anderen Kasten hinein. Da-durch kam ihm die Kriminalpolizei auf die Spur. Die Beamten der Postdienststelle, die auf diese fahndeten, die mit Zangen und ähnlichen Werkzeugen die vollen Briefkästen zu plündern pflegen, erwischt auch den falschen Schaffner und nahmen ihn fest. Das Treiben Radells gibt Veranlassung, das Publikum darauf auf-merksam zu machen, daß es durch Anweisung der Postverwaltung den Beamten streng untersagt ist, beim Entleeren der Brief-kästen Sendungen von Leuten, die gerade noch dazukommen, in Empfang zu nehmen. Wer zu spät kommt, muß seine Briefe in den Kasten werfen und die nächste Leerung abwarten. Jeder, der in Postuniform den Ablendern am Briefkasten Sendungen ab-nimmt, ist also ein Schwindler. Das Publikum sollte von dem Auftreten dieser Marde sofort die Kriminalpostdienststelle in der Friedrichstraße 138 benachrichtigen.

Der Handgranatenanschlag in Spandau. Großes Aufsehen erregte am 1. November d. J. in Spandau ein Raubmord-anschlag, den Reichswehrsoldaten mit Handgranaten auf den Althändler Mahkopf verübten. Die Mörder lösten Mahkopf unter Vorpiegelung eines Geschäftes aus der Wohnung her-aus. Diese plünderten dann einige von ihnen aus. Um den Bestohlenen, von dem sie fürchten mußten, daß er den Verdacht auf sie lenken würde, beiseite zu schaffen, erlitten sie einen ganz teuflischen Plan. Beim Rückzug aus der Wohnung befestigten sie an der Tür mehrere Eierhandgranaten so, daß sie durch das Öffnen der Tür explodieren mußten. Ihre Berechnung traf auch ein. Die Explosion richtete in der Wohnung und in dem Hause eine große Verwüstung an, aber Mahkopf selbst kam mit dem Leben davon, wenn er auch schwere Verletzungen hatte. Es gelang in wenigen Tagen, die ganze Bande, darunter auch den Urheber der Tat, den Geisteskranken Ebebe zu ermitteln und festzunehmen. Einem der Verhafteten gelang es, auf einem Transport zu entfliehen. Deshalb konnte bisher die Haupt-verhandlung gegen die Verbrecher nicht stattfinden, weil alle die Schuld auf den Flüchtigen, den Reichswehrsoldaten Gängel, schoben. Dieser wurde daher in der ganzen Zeit eifrig gesucht. Jetzt endlich gelang es Kommissar Trettin, ihn in Grajewo, an der polnischen Grenze, zu ermitteln und ihn dort mit einem Beamten in den Pfingstfeiertagen bei einem Bauern, bei dem er sich unter falschem Namen als Knecht verdingen hatte, festzu-nehmen. Er brachte ihn gleich nach Berlin mit und führte ihn dem Untersuchungsrichter vor. Nach dem Ergebnis der ganzen Untersuchung ist Gängel aber nicht der Haupttäter, wie die anderen Verhafteten zu ihrer Entlastung in seiner Abwesenheit behaupteten, sondern nur einer der Beführten.

Drei Todesopfer der Spiritusexplosion. Die Spiritusexplosion in der Reimmeisterstraße 2a, gegenüber dem Sophien-Gymnasium, hat bis jetzt drei Menschenleben gefordert. Der sofort Ge-tötete war ein Arbeiter W. Cohn, Wilhelmstraße 2a. Im St. He-dwigs-Krankenhaus liegt noch schwer danieder der Arbeiter und Student M. Bloß, Rosenhaler Straße 30. Ihren schweren Ver-letzungen erliegen sind dort die beiden Arbeiter Albert Gottlieb (nicht Gottlieb Albert) und J. Gottschalk, ein ehemaliger Student aus Loh-, Bergstraße 11. Die eingeleitete Untersuchung hat er-gaben, daß der Inhaber Ernst Friedrich dort im 1. und 2. Stock eine Schnapsbrennerei eingerichtet hatte, in der seit einigen Wochen die Schnapsfabrikation im großen betrieben wurde, ohne daß jemand Verdacht schöpfte.

Hundert Prozent

Die Geschichte eines Patrioten

Roman von Upton Sinclair

Nach dem Manuskript übertragen von Hermann zur Mühlen Copyright by Der Hall-Verlag Berlin-Dalenzee 1921

(44. Fortsetzung) (Näheres verboten)

Der Brief lautete: „Lieber Herr Guffey. Es tut mir leid, Sie im Stich lassen zu müssen, doch werden wir alle einmal der Arbeit überdrüssig und bedürfen der Rast. Diese Zeiten sollen Ihnen mitteilen, daß Ted Crothers in Kasse Aders-mans feuerfichere Kasse eingebrochen und etliche Freiheits-anleihen und Juwelen für etwa fünfzigtausend Dollars ent-wendet hat. Sie wissen, daß Ted sich auf Edelsteine versteht.

Sie werden natürlich herausbekommen, daß ich in Aders-mans Haus gearbeitet habe und werden mich verfolgen wollen, doch kann ich Ihnen sagen, es hätte für Sie wenig Sinn, unter habhaft zu werden, wir kennen nämlich den ganzen Schwindel, den Sie im Prozeß Goober und über-haupt im letzten Jahr getrieben haben. Fragen Sie Peter Gudge danach, er wird meine Worte bestätigen. Peter und ich haben die ganze Bombenverschwörung arrangiert; Sie dürfen Peter darob nicht tadeln, er tat bloß, was ich ihm zu tun gebot. Er ist viel zu dumm, um gefährlich zu sein und wird Ihnen als Agent viel nützen, wenn Sie ihn gut behandeln und darauf achten, daß er nicht mit Frauen zu-sammenkommt. Dies ist leicht zu bewerkstelligen, Sie müssen ihm bloß das Geld fortnehmen, denn er ist so häßlich, daß ihn keine Frau anschauen wird, wenn er nicht gut zahlt.

Peter wird Ihnen erklären, wie wir die Dynamit-verschwörung arrangierten. Sicherlich wäre es Ihnen peinlich, gelangten diese Tatsachen den Notizen zur Kenntnis, und Sie dürfen gewiß sein, daß dies geschehen wird, wenn Sie mich und Ted nicht in Ruhe lassen. Wenn Sie sich hingegen ruhig verhalten, werden wir kein Wort sagen, und Sie haben noch immer eine hübsche Verschwörung, die genügen dürfte, um die Notizen zu vernichten. Schließlich haben Sie dies mit fünfzigtausend Dollars nicht überzahlt, denn Kasse Aderman hat für weit mehr Geld von Ihnen viel weniger erhalten. Ich weiß, wenn Sie dies lesen, werden Sie toben, überlegen Sie aber die Sache, und verlieren Sie nicht den Kopf. Ich schide den Brief durch einen Boten, damit Sie sich sofort an Kasse Aderman wenden und verhindern können, daß er zur Polizei geht. — Sie wissen ja, was das bedeuten

würde; diese Schwachköpfe würden die Bombenaffäre ent-decken, alles würde den Zeitungen und den Notizen bekannt werden, was ein großer Schaden für Ihre Agentur wäre. Außerdem würden die Notizen, jetzt, nachdem Sie Shawn Grady gefangen und die anderen verprügelt haben, keine angenehmen persönlichen Feinde sein. Ted und ich werden uns eine Weile nicht zeigen und auch die Juwelen nicht gleich verkaufen. Derart wird alles in Ordnung sein.

Hochachtungsvoll

Ebdthc.

P. S. Es ist wirklich nicht Peters Schuld, daß er Frauen gegenüber so dumm ist; er hätte sehr gut für Sie gearbeitet, wäre ich weniger schön.“

67.

Das also war es. Da Peter den Brief kannte, wußte er, nun habe er nichts mehr zu sagen. Plötzlich war die eigene Schwere mehr geworden, als er tragen konnte, er sank auf einen Stuhl, sah dort, blühte mit verzweifelten Augen von Guffey auf Mc Givney, von Mc Givney auf Hammett und wieder auf Guffey zurück.

Doch seines Jahrsorns war der erste Detektiv ein prak-tischer Mensch, hatte sonst nicht die schwere und verantwor-tungsvolle Arbeit für den Trust leisten können. Er ging daher auf Geschäftsliche über. Peter solle ihm alles von der Bombenverschwörung berichten, wie sie arrangiert worden sei, wer noch darum wisse. Und Peter, der ebenfalls ein praktischer Mensch war, erkannte, es habe keinen Sinn, etwas zu verheimlichen. So gestand er denn alles, betonte, bloß er und Kell wußten um die Sache — falls Kell sie nicht ihrem Geliebten Ted Crothers verraten habe. Aus dem folgenden Gespräch entnahm Peter, der junge Mann mit dem Bulldoggesicht sei einer der berühmtesten Einbrecher des Landes. Sicherlich war er der Urheber der Verschwörung gewesen, hatte Kell angeleitet, jeden Schritt dirigiert. Plötz-lich entsann sich Peter der Kasse, die Kell ihm im Park ge-geben hatte, ihrer Wertpreisen, und errödete vor Scham. Zweifelloß, was Frauen anbelangt, ist er furchtbar dumm.

Peter begann sich zu verteidigen. Es sei nicht seine Schuld, daß Kell ihn genarrt habe. Als ganz junger Bursche im Tempel des Jimjumbo sei er wahnsinnig in sie verliebt gewesen. Sie sei nicht nur schön, sei auch die klügste Frau, die er kenne. Mc Givney bemerkte, Kell habe bereits im Tempel des Jimjumbo mit Peter gespielt — war sie doch damals in Guffeys Dienst gestanden, hatte Beweise gegen Paschtian el Kalandra gesammelt, die diesem die Gefängnis-strafe eingetragen hätten. Sie habe häufig für die Geheim-

agentur des Trusts gearbeitet, während Peter mit Pericles Priam durchs Land wanderte und die Wundermedizin ver-kaupte. Kell hatte in Guffeys Dienst einen bekannten Ar-beiterführer verführt, sich mit ihm im Hotelzimmer er-wischen lassen und derart einen der größten Streiks ge-brochen.

Peter erkannte jählings, seine Entlastung sei zureichend. Natürlich war er mit einer derartigen Frau nicht fertig geworden. Es war Guffeys eigene Schuld, wenn er solche Leute dang und dann frei umherzuschwärmen ließ. Auch ahnte Peter, Kell müsse gewußt haben, daß er im Hotel de Soto nach dem jungen Laakman suche, müsse hingegangen sein, um ihn anzulocken. Da Mc Givney zugab, dies sei nicht unmöglich, fühlte Peter, er habe das Spiel gewonnen. Er wurde berechtigt, freilich sei er ein Trottel gewesen, finde für sich keine Entschuldigung, doch habe er nun wahrlich seine Lektion gelernt, wolle von Frauen nichts mehr wissen, auch nichts vom vornehmen Leben. Wenn Herr Guffey es noch einmal mit ihm versuchen wolle . . .

Natürlich wies Guffey dies witschnaubend zurück. Er wollte einen solchen Idioten nicht auf zehn Meilen Ent-fernung von seiner Agentur wissen. Peter verlegte sich aufs Betteln. Er kenne tatsächlich die Notizen genau, wisse Herr Guffey einen anderen, der die Notizen so gut kenne? Alle Notizen trauten ihm, er war ein echter Märtyrer, Herr Guffey solle bloß die Pflaster und den Verband betrachten. Außerdem habe er eben noch ein Lorbeerblatt in seiner Kranz eingefügt, habe Frau Gott aufgesucht, von Herrn Gott Zusätze erhalten. Diese Geschichte werde er ver-breiten, könnte vielleicht die Notizen zu einer Verschwörung wider Herrn Gott aufschließen. Und jedenfalls hätten sie gutes Material gegen Mc Cormick und die übrigen J. W. Ws. Man könne ihn, Peter, doch jetzt nicht fallen lassen, müsse bloß Herrn Aderman die Sache erklären . . .

Diese letzte Bemerkung war verfehlt, Guffey schnellte abermals auf, schritt im Zimmer umher, beschimpfte Peter und verriß dabei unwillkürlich, daß er bereits mit Herrn Aderman zusammengestossen war und daß dieser die Nach-richt, die Geheimagentur, die er finanzierte, um sich zu schämen, habe in sein Haus zwei bekannte Verbrecher ein-geführt, ihn um fünfzigtausend Dollars geschädigt, keines-wegs lebenswürdig aufgenommen habe. Peter wurde mit-geleitet, er könne Gott danken, daß ihn Guffey nicht für den Rest seines Lebens ins Loch werfe, aber ihm einzeln die Glieder ausreife. Jetzt solle er sich packen. „Vorwärts Marsch, fort von hier!“

(Fortsetzung folgt.)

